

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 11. Dezember 1985
am Donnerstag, dem 12. Dezember 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	66, 67	Dr. Mitzscherling (SPD)	50, 51
Frau Borgmann (DIE GRÜNEN)	18, 19	Dr. Müller (Bremen) (DIE GRÜNEN)	28
Breuer (CDU/CSU)	74, 75	Frau Odendahl (SPD)	69, 70
Büchner (Speyer) (SPD)	30, 31	Oostergetelo (SPD)	72, 73
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	47	Paterna (SPD)	5, 6
Dr. Emmerlich (SPD)	23	Poß (SPD)	56
Dr. Enders (SPD)	26, 27	Reimann (SPD)	12, 13
Gansel (SPD)	41, 42	Dr. Riedl (München) (CDU/CSU)	21, 29
Grünbeck (FDP)	64	Roth (SPD)	43, 44
Hettling (SPD)	2, 32	Rusche (DIE GRÜNEN)	22, 71
Heyenn (SPD)	8, 9	Schily (DIE GRÜNEN)	57, 58
Hinsken (CDU/CSU)	59, 60	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	15, 16
Huonker (SPD)	36	Dr. Sperling (SPD)	53, 54
Dr. Hupka (CDU/CSU)	20, 33	Dr. Spöri (SPD)	37, 55
Dr. Jens (SPD)	48, 49	Stahl (Kempen) (SPD)	39, 40
Dr. Kübler (SPD)	3, 17	Frau Steinhauer (SPD)	62, 63
Kuhlwein (SPD)	4, 68	Stiegler (SPD)	61, 80
Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	34, 35	Weiß (CDU/CSU)	7
Dr. Lammert (CDU/CSU)	1, 38	Frau Weyel (SPD)	24, 25
Lohmann (Lüdenscheid) (CDU/CSU)	76, 77	von der Wiesche (SPD)	14
Lutz (SPD)	10, 11	Zander (SPD)	65
Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	52	Zierer (CDU/CSU)	78, 79
Frau Matthäus-Maier (SPD)	45, 46		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung eine Beteiligung des Parlaments und gegebenenfalls anderer Verfassungsorgane an der Entwicklung der Konzeption sowie dem späteren Betrieb der geplanten Geschichtsmuseen in Bonn („Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“) und Berlin („Deutsches Historisches Museum“) vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

2. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Finanzierung der Hermes-Raumfähre zu 90 v. H., gemäß des Artikels der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. Oktober 1985, gesichert sein soll, wenn ja, in welchem Umfang beabsichtigt die Bundesregierung, sich am Hermes-Projekt mit technologisch-hochwertigen Aufgaben zu beteiligen?
3. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis der von ihr in Auftrag gegebenen Untersuchung „Ziviler Nutzen militärisch motivierter Forschung und Entwicklung“, wonach das amerikanische Raketenabwehrprogramm im Weltraum (SDI) nicht mit einem unmittelbaren zivilen Technologietransfer zu rechnen ist, und wird die Bundesregierung die Öffentlichkeit entsprechend umfassend informieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

4. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Hält die Bundesregierung eine Verkürzung der Schulzeit im Zusammenhang mit der Verlängerung des Wehrdienstes bildungspolitisch für vertretbar, und wie beurteilt sie die Auswirkungen einer Verkürzung der Schulzeit etwa in der Sekundarstufe II auf die Studierfähigkeit?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post-
und Fernmeldewesen**

5. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es erforderlich ist, die Genehmigung zum Errichten und Betreiben von Fernmeldeanlagen nur unter solchen technischen Auflagen zu gewähren, die sicherstellen, daß es bei bestimmungsgemäßem Gebrauch der Anlage nicht zu Beeinträchtigungen bei der Nutzung anderer Fernmeldeanlagen

kommt, die unter Einhaltung ihrer Verleihungsbedingungen ebenfalls bestimmungsgemäß betrieben werden, und kann die Bundesregierung in diesem Sinne bestätigen, daß insoweit die fernmelderechtlichen Genehmigungen auch ausnahmslos mit den entsprechenden technischen Auflagen erteilt werden?

6. Abgeordneter
Paterna
(SPD)

Kann die Bundesregierung für den Fall, in dem es trotz Einhaltung der in den Verleihungsbedingungen erteilten technischen Auflagen zu einer Beeinträchtigung bestimmungsgemäß betriebener Fernmeldeanlagen kommt, bestätigen, daß die Abhilfemaßnahmen an derjenigen Anlage zu treffen sind, an der sie auf Grund des physikalischen Sachverhalts allein wirksam werden können und daß es insoweit zum pflichtgemäßen Ermessen der Fernmeldebehörde gehört, im Einzelfall für entsprechende Maßnahmen Sorge tragen zu lassen und im allgemeinen Fall bei der Festlegung technischer Auflagen den jeweils neuesten Stand von Wissenschaft und Technik zu berücksichtigen?

7. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)

Stimmt die Behauptung der Deutschen Postgewerkschaft, daß etwa 40 v. H. der Stellen der Linien- und Zeichenstellen beim Fernmeldeamt Kaiserslautern gestrichen werden sollen und dies bundesweit unter Einbeziehung anderer Fernmeldeämter die Streichung von etwa 1000 Stellen bedeuten würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

8. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Gesellschaft für Gesundheitsforschung, daß die konzeptionelle Entwicklung des Friedrich-Thieding-Stiftungs-Programms – trotz eines geschickten, Kontinuität vorspiegelnden verbalen Überbaus – von großer Sprunghaftigkeit und Zufälligkeit gekennzeichnet ist, wenn ja, fühlt sich die Bundesregierung also von der Stiftung oder dem Hartmannbund getäuscht?

9. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)

Trifft es zu, daß die Hartmannbund- bzw. Stiftungsführung, namentlich der Verbandsvorsitzende, der Schatzmeister, der Hauptgeschäftsführer und weitere Mitarbeiter aus Mitteln des Programms allein über zehn Reisen nach Westafrika durchgeführt haben, die das Gutachten der Gesellschaft für Gesundheitsforschung als unter Effizienzgesichtspunkten problematisch beurteilt hat, und wie beurteilt die Bundesregierung dies?

10. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Seit wann und mit Haushaltsmitteln in welcher Höhe hat die Bundesregierung oder die Bundesanstalt für Arbeit das Projekt der Friedrich-Thieding-Stiftung des Hartmannbundes „Reintegrationshilfen für Ärzte aus der Dritten Welt“ gefördert?
11. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Hat der Bundesregierung vor Eintritt in die Förderung des Reintegrationsprojektes der Friedrich-Thieding-Stiftung eine Projektbeschreibung mit Angabe von Ziel- und Durchführungskonzepten vorgelegen, und wenn ja, hat die Bundesregierung eine entsprechende fachliche und wissenschaftliche Prüfung vorgenommen oder vornehmen lassen?
12. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Kann die Bundesregierung nach ihrem bisherigen Kenntnisstand feststellen, daß die Friedrich-Thieding-Stiftung die ihr zur Durchführung des Programms zugeflossenen Mittel im Sinne des Programms angemessen und ordnungsgemäß verwendet hat, wenn nein, erwägt die Bundesregierung eine Rückforderung von Geldern?
13. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Trifft die Schätzung der Gesellschaft für Gesundheitsforschung zu, daß etwa 10 v. H. (wahrscheinlich mehr) der als Rückkehrer in ihre Heimatländer gemeldeten Ärzte in der Bundesrepublik Deutschland leben, und wie bewertet die Bundesregierung dies vor dem Hintergrund, daß der Stiftung als Kosten für die Rückkehr je Person 5 400 DM aus öffentlichen Mitteln ohne Beleg erstattet worden sind?
14. Abgeordneter
von der Wiesche
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Durchführung des Projektes „Reintegrationshilfen für Ärzte aus der Dritten Welt“ an die Bedingungen geknüpft war, daß sich die durchführende Friedrich-Thieding-Stiftung mit 30 v. H. Eigenmittel beteiligt, und hat die Bundesregierung geprüft, wie die Stiftung die Bedingungen eingehalten hat?
15. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Was war nach Kenntnis der Bundesregierung Veranlassung für das von ihr mit der Projektabwicklung beauftragte Centrum für Internationale Migration und Entwicklung, die Arbeit der Friedrich-Thieding-Stiftung im Zusammenhang mit dem Reintegrationsprogramm durch ein Gutachten der Gesellschaft für Gesundheitsforschung, München, bewerten zu lassen?
16. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Welche Schlußfolgerung zieht die Bundesregierung aus dem Gutachten der Gesellschaft für Gesundheitsforschung für die bisherige und zukünftige Arbeit der Friedrich-Thieding-Stiftung an diesem Projekt, wenn festgestellt wird, „der Programmträger Friedrich-Thieding-Stiftung ist den Anforderungen seines vertraglichen Auftrages und seines eigenen Anspruchs objektiv nicht gewachsen“?

17. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie hoch die Gesamtverschuldung Afrikas gegenüber dem Ausland ist, und geht die Bundesregierung in ihrer Entwicklungspolitik davon aus, daß die afrikanischen Länder in der Lage sind, ihren Rückzahlungsverpflichtungen nachzukommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

18. Abgeordnete
Frau Borgmann
(DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Zuverlässigkeit und Methodologie der Länderberichte der Menschenrechtsorganisationen Americas Watch und Helsinki Watch?
19. Abgeordnete
Frau Borgmann
(DIE GRÜNEN)
- Was haben die Bemühungen der Bundesregierung um die Freilassung des in Südafrika inhaftierten Berliner Pastors Kraatz und seiner Mitgefangenen bisher ergeben, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Ergebnisse?
20. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des polnischen Staatspräsidenten General Jaruzelski: „Wir haben alle unsere Vereinbarungen zur Familienzusammenführung erfüllt, sogar überfüllt“ („stern“ Nr. 50/1985), und was gedenkt sie zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

21. Abgeordneter
Dr. Riedl (München)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung bisher getan bzw. was gedenkt sie noch zu veranlassen, um den Zustrom sogenannter Wirtschaftsasylanten vorwiegend aus dem asiatischen Bereich über die DDR in die Bundesrepublik Deutschland zu stoppen, und was sind im einzelnen die Gründe, daß seitens der DDR-Behörden zwar der Zugang von Tamilen unterbunden wurde, aber andere, meist asiatischer und afrikanischer Nationalität, weiter über die DDR in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust werden?
22. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Wird ausländischen Homosexuellen, die sich in ihren Heimatländern politisch für eine Gleichberechtigung der Homosexuellen einsetzen und denen dadurch Gefängnis bzw. Todesstrafe drohen, in der Bundesrepublik Deutschland Asyl gewährt, wenn sie aus diesem Grund Asyl beantragen?
23. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Trifft es zu, daß Bedienstete des Bundeskriminalamtes im April 1983 oder zu anderer Zeit 18 Kilogramm Heroin aus Pakistan in die Bundesrepublik Deutschland transportiert und anschließend davon 5 Kilogramm weiter nach Belgien trans-

portiert haben, und wie waren die näheren Begleitumstände der Beteiligung der Bediensteten des Bundeskriminalamtes an dem Rauschgifttransport (vgl. Bericht der Frankfurter Rundschau vom 18. Juli 1985, S. 13)?

24. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD)

Plant die Bundesregierung die Einführung eines neuen Grenzterminalsystems im Bereich des Grenzschutzeinzeldienstes, und welche Folgen hätte das für die Struktur der Arbeitsplätze, insbesondere für die mit Frauen besetzten Angestelltenstellen?

25. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD)

Ist es zutreffend, daß im Rahmen der Einführung eines neuen Grenzterminalsystems Frauen entlassen und dafür ältere Polizeivollzugsbeamte des mittleren Polizeidienstes eingesetzt werden sollen bzw. beim Auslaufen von Beschäftigungsverhältnissen die Neubesetzung in dieser Form erfolgen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

26. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)

Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, wie viele Selbstmorde und Selbstmordversuche sich in den Haftanstalten der Bundesrepublik Deutschland durchschnittlich im Jahr ereignen?

27. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)

Hält die Bundesregierung größere Anstrengungen für notwendig, um der Suizidgefahr in den Haftanstalten wirkungsvoller begegnen zu können?

28. Abgeordneter
**Dr. Müller
(Bremen)**
(DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung mit einigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Assessoren in den gültigen Bundesgesetzen, die – wie z. B. das Energiewirtschaftsgesetz – in der Zeit des Deutschen Reiches Gesetzeskraft erlangten, die Bezeichnungen, die auf damals existierende Reichsorgane verweisen, streichen bzw. durch die heute relevanten Bezeichnungen ersetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

29. Abgeordneter
**Dr. Riedl
(München)**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Gedenk-Umlaufmünzen der Bundesrepublik Deutschland wieder als Silbermünzen, gegebenenfalls zum Nennwert von 10 DM herauszugeben, und ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß die derzeitige Legierung dieser Münzen vor allem auch unter numismatischen Gesichtspunkten ausgesprochen unattraktiv ist?

30. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Wann rechnet die Bundesregierung mit den Beratungsergebnissen der für die Prüfung der Gemeinnützigkeitsfragen – insbesondere auch für die rund 60 000 Amateursportvereine – eingesetzten Kommission, und welche Verbesserungen strebt die Bundesregierung für die Amateursportvereine an?
31. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung veranlaßt, im Rahmen des „Steuerbereinigungsgesetzes 1986“ mit einem jährlichen Steuerausfall, der nach Presseberichten rund 15 Millionen DM betragen soll, die Motorsportflieger wieder von der Mineralölsteuer zu befreien, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, insbesondere auch der Sportorganisationen, daß anstelle dieser einseitigen Begünstigung beispielsweise eine Erhöhung der steuerfreien Pauschale für Übungs- und Jugendleiter von gegenwärtig 2 400 DM auf 3 600 DM jährlich gerechter wäre?
32. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß, die Sportfliegerei wieder von der Mineralölsteuer zu befreien, wenn ja, ab wann soll dies dann auch für die Sportboote gelten?
33. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie viele Raten der Volksrepublik Polen 1975 gewährten Kredits in Höhe von einer Milliarde DM sind inzwischen an die Bundesrepublik Deutschland zurückgezahlt worden?
34. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Worin liegt der Unterschied für die Entscheidung des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen von 1983, als es einen teuren „Balkantarif“ für Griechen, Türken und Jugoslawen ablehnte und andererseits jetzt erst eine geplante Regionalisierung der Kraftfahrzeugversicherung für ganze Regierungsbezirke z. B. Niederbayern und Oberpfalz, höhere Sondertarife hinzunehmen, bereit ist?
35. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche sachlichen Gründe (außer von Wettbewerbsüberlegungen, die aber von der Bundesregierung niemals als Rechtfertigung für die Regionalisierung akzeptiert werden dürfte) rechtfertigen höhere Kraftfahrzeugversicherungstarife für ganze Regionen, wo doch ausschließlich das persönliche Unfallprofil Maßstab für das Risiko und damit für die Höhe der Prämie der Kraftfahrzeugversicherungsprämie sein darf?
36. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Wie hoch wären die Steuermehreinnahmen von Bund und Ländern durch den Verkauf des Flick-Konzerns an die Deutsche Bank, und in welchem Bundesland fielen diese Mehreinnahmen an?

37. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Wäre der geplante Verkauf des Flick-Konzerns an die Deutsche Bank mit den bankenpolitischen Grundsätzen der Bundesregierung vereinbar?
38. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Warum erkennt die Bundesregierung die nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes rückwirkend für die Jahre 1971 bis 1979 abzugsfähigen Kinderbetreuungskosten für diejenigen Steuerpflichtigen nicht an, die ihre Steuerbescheide seinerzeit nicht angefochten haben – und das waren erfahrungsgemäß überwiegend Bezieher kleiner Einkommen –, obwohl sie bei der Investitionsabgabe für Bezieher höherer Einkommen nach der Verfassungsgerichtsentscheidung ohne zwingende rechtliche Verpflichtung aus Billigkeitsgründen eine unverzügliche Rückerstattung an ausnahmslos alle Steuerpflichtigen veranlaßt hat, auch an diejenigen, die weder unter Vorbehalt gezahlt noch Klage eingereicht hatten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

39. Abgeordneter
Stahl
(**Kempfen**)
(SPD) Wie weit sind die Verhandlungen der Bundesregierung mit internationalen Gremien über die künftige Ausgestaltung des Welttextilabkommens in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht gediehen?
40. Abgeordneter
Stahl
(**Kempfen**)
(SPD) Wie sind oder werden hierbei die Vorschläge der Gewerkschaft Textil-Bekleidung und der Textil- und Bekleidungsindustrie berücksichtigt?
41. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung den Export eines Panzers vom Typ Leo II zu Vorführzwecken nach Thailand genehmigt?
42. Abgeordneter
Gansel
(SPD) In welcher Weise und mit welchem Ziel hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dieser Vorführung mit dem Unternehmen Krauss-Maffei zusammengearbeitet?
43. Abgeordneter
Roth
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung aus wettbewerbspolitischer Sicht die Fusion von Daimler-Benz mit AEG und die zur Zeit diskutierte Beteiligung von den Bayerischen Motoren-Werken an Messerschmitt-Bölkow-Blohm?
44. Abgeordneter
Roth
(SPD) Sieht die Bundesregierung angesichts der Fusionspläne in der Großwirtschaft die Notwendigkeit, gesetzgeberisch tätig zu werden?

45. Abgeordnete
**Frau
Matthäus-Maier**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Einfluß genommen und warum hat sie sich gegebenenfalls nicht durchsetzen können, damit anstatt der Übereignung der Friedrich Flick-Industrieverwaltung an die Deutsche Bank ein Bankenkonsortium beauftragt wird, treuhänderisch den Verkauf des Vermögens von Herrn Dr. Flick an der Börse zu übernehmen?
46. Abgeordnete
**Frau
Matthäus-Maier**
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um sicherzustellen, daß die Übernahme der Friedrich Flick-Industrieverwaltung durch die Deutsche Bank nicht zu einem weiteren Konzentrationsprozeß in der deutschen Wirtschaft führt?
47. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-Gmelin**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die öffentlich geäußerte Kritik, daß die Marktwirtschaft durch die „staatskapitalistische“ Politik einzelner Ministerpräsidenten unterhöhlt wird?
48. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Hält die Bundesregierung ein grundsätzliches Verbot von Fusionen von Größtunternehmen mit einem Umsatz von mindestens 10 Milliarden DM im Jahr für nötig?
49. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das Unterlaufen der Fusionskontrolle durch die Einschaltung befreundeter Banken und Industriegruppen zu unterbinden?
50. Abgeordneter
Dr. Mitzscherling
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Wettbewerb zwischen den Unternehmen völlig unbeeinträchtigt bleibt, wenn eine Bank an mehreren Unternehmen ein und derselben Branche kapitalmäßig und/oder personell über Aufsichtsratsmandate beteiligt ist, oder sieht sie die Gefahr, daß die Bankenvertreter beispielsweise auf eine Abstimmung der Investitionsplanungen zwischen den jeweiligen Unternehmen hinwirken?
51. Abgeordneter
Dr. Mitzscherling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten des Bundeskartellamtes, daß eine Diskussion über das kartellrechtliche Instrumentarium notwendigerweise auf die Rolle der Banken ausgedehnt werden muß, und ist die Bundesregierung bereit, den Einfluß der Banken zu reduzieren, indem die Zahl der von einer Bank gehaltenen Unternehmensbeteiligungen und Aufsichtsratsmandate pro Branche begrenzt wird?
52. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-Glotz**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die öffentliche Kritik, daß es nicht zu den Aufgaben einer Landesregierung gehört, einen Rüstungskonzern zu schmieden bzw. ein starkes staatliches Bankinstitut zu schaffen?

53. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß eine Bank sich jeweils nur an einem Unternehmen einer Branche kapitalmäßig beteiligen darf und nicht zugleich auch an seinem Wettbewerber?
54. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß die Beteiligung einer Bank an einem Unternehmen auf 10 v. H. des haftenden Eigenkapitals des jeweiligen Unternehmens beschränkt sein soll?
55. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Wurde die Bundesregierung bzw. der Bundeskanzler über den geplanten Verkauf des Flick-Konzerns an die Deutsche Bank unterrichtet?
56. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die öffentlich geäußerte Kritik, daß die Marktwirtschaft durch die „staatskapitalistische“ Politik einzelner Ministerpräsidenten unterhöhlt wird?
57. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von beabsichtigten Anträgen zur Steuerbescheinigung nach § 6 b EStG im Zusammenhang mit der geplanten Veräußerung des Flick-Konzerns an die Deutsche Bank?
58. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Wäre der geplante Verkauf des Flick-Konzerns an die Deutsche Bank von der Veräußerungsseite her gesehen mit § 6 b EStG bei einer eventuellen Wiederanlage des erzielten Verkaufserlöses vereinbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

59. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Schnittholzimporte zu Billigstpreisen aus der DDR und CSSR den Holzmarkt und die Preise für einheimisches Holz ruinieren?
60. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, den Forderungen des Bayerischen Bauernverbandes und der Bayerischen Forstbetriebsgemeinschaften nachzukommen, die Einführung von Holz aus Ostblockländern zu Dumpingpreisen zu stoppen?
61. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die kritische Lage auf dem Holzmarkt bekannt, und was wird sie unternehmen, um zu verhindern, daß durch verstärkte Rohholz- und Schnittholzimporte, insbesondere aus osteuropäischen Staaten, der Holzmarkt vollends ruiniert wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

62. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, eine Stellungnahme zu den Prüfungsbemerkungen des Bundesrechnungshofes vom 11. Februar 1985 zur sparsamen und wirtschaftlichen Mittelverwendung durch den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger abzugeben und auf eine sparsamere Mittelverwendung hinzuwirken?
63. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Treffen Informationen zu, wonach u. a. die höheren Ausgaben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger durch eine verstärkte Inanspruchnahme des VDR (z. B. Stellungnahme zu verschiedenen Problemen der Rentenversicherung) entstanden sind und noch entstehen?
64. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, in einer Informationskampagne auf die haftungsrechtlichen Probleme bei Kraftfahrzeugunfällen hinzuweisen, die durch in Schwarzarbeit durchgeführte unsachgemäße oder unvollständige Reparaturen verursacht werden, um durch eine solche Informationskampagne einen Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und der Erhöhung der Verkehrssicherheit zu leisten?
65. Abgeordneter
Zander
(SPD)
- Wie hoch waren die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungs-gesetz in den Jahren 1983, 1984 und 1985 (letzter Stand) in Fällen mittelbar von Streik betroffener Arbeitnehmer und für Kurzarbeit aus betrieblichen Gründen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

66. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Angaben des Landesinnenministeriums Baden-Württemberg bestätigen, das auf eine parlamentarische Anfrage des SPD-Landesvorsitzenden Ulrich Lang erklärt hat, daß anstelle der bestehenden sieben Tiefstfluggebiete in der Bundesrepublik Deutschland künftig 49 derartige Gebiete ausgewiesen werden sollen, in denen in regelmäßigem Wechsel Tiefstflugübungen stattfinden werden?
67. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Ist gegebenenfalls davon auch der Raum Backnang/Sulzbach/Großerlach/Murrhardt/Gschwend/Schwäbisch Gmünd/Lorch/Aalen und Heidenheim betroffen, der bisher in keinem typischen Tiefstfluggebiet liegt?

68. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Welche Überlegungen verfolgt die Bundesregierung, um bei der von ihr geplanten Verlängerung des Wehrdienstes und des Zivildienstes einen möglichst nahtlosen anschließenden Übergang ins Bildungssystem zu gewährleisten?
69. Abgeordnete
Frau Odendahl
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Bundesrates vom 29. November 1985, wonach vom Grundsatz der ununterbrochenen Abfolge des Grundwehrdienstes abgewichen werden soll, „wenn die Aufnahme eines Studiums oder einer anderen Ausbildung infolge der Ableistung des Grundwehrdienstes erheblich über den Zeitraum eines Jahres hinaus verzögert würde“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

70. Abgeordnete
Frau Odendahl
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, eine entsprechende Regelung auch für die Zivildienstleistenden zu finden?
71. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN) Ist der Bundesregierung bekannt, daß ausländische Praktikanten auf Veranlassung der Bundesanstalt für Arbeit ohne ihr Wissen einem LAV/HTLV III-Antikörpertest unterzogen werden, und wie rechtfertigt sie das?
72. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Wie wirken sich die Entlastungen durch Kinderfreibeträge des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 für einen Spitzenverdiener, für einen Durchschnittsverdiener und für einen Sozialhilfeempfänger finanziell aus?
73. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Trifft es zu, daß alle Kindergeldberechtigten durch das Steuersenkungsgesetz 1986/88 bzw. durch das Elfte Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes ab 1. Januar 1986 mindestens 46 DM monatlich erhalten, und gilt dies auch für die Bedürftigsten in unserem Lande, die Sozialhilfeempfänger, oder führt der Kindergeldzuschlag von 46 DM im Monat bei ihnen zu einer Kürzung der Sozialhilfeleistung, im Extremfall in gleicher Höhe?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

74. Abgeordneter
Breuer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung eine Aufwertung der Ruhr-Sieg-Eisenbahnstrecke (Hagen—Siegen—Frankfurt/Main) im Rahmen zukünftiger Entscheidungen über die Bundesverkehrswegeplanung?

75. Abgeordneter
Breuer
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der „Initiative Ruhr-Sieg-Strecke“, wonach die Eisenbahnstrecke besonders im Abschnitt zwischen Hagen und Siegen eine aus der Postkutschenzeit stammende Trassierung aufweist, die hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit in keiner Weise mehr den Anforderungen eines heute erforderlichen schnellen und reibungslosen Verkehrsflusses gerecht wird?
76. Abgeordneter
Lohmann
(**Lüdenscheid**)
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zur Meinung der „Initiative Ruhr-Sieg-Strecke“, wonach die Deutsche Bundesbahn bei der Festlegung des künftigen, auf Schnelligkeit angelegten Schienennetzes, den Wirtschaftsraum Südwestfalen nicht nur ausspart, sondern nicht einmal mehr tangiert?
77. Abgeordneter
Lohmann
(**Lüdenscheid**)
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Investitionsaufwendungen für die Verbesserung der Leistungsfähigkeit bezüglich eines Schnellverkehrs auf der Ruhr-Sieg-Eisenbahnstrecke (Hagen—Siegen—Frankfurt/Main) durch ein Neubzw. Ausbaukonzept?
78. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über das Ausmaß der Schäden vor, die durch die Verwendung von Streusalz im Winter an Natur- und Straßenbauwerken (Korrosionsschäden an Spannbetonbauwerken) verursacht werden?
79. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Wie weit ist der in der Fragestunde vom 17. Januar 1985 erwähnte Prüfungsauftrag des Bundesministeriums für Verkehr an die Bundesanstalt für das Straßenwesen in Köln gediehen (Plenarprotokoll 10/114, S. 8478 B), wonach die Wiederzulassung von Spikes angesichts der technischen Fortentwicklung dieses Reifentyps und den damit gewonnenen praktischen Erfahrungen in anderen Ländern ohne Zulassungsbeschränkung geprüft werden sollte?
80. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Nach welchen Grundsätzen wird der Bundesminister für Verkehr die Entscheidungen des Vorstandes zur künftigen Einrichtung der Regionaldezernate prüfen und ist dabei davon auszugehen, daß die Willensbildung des Bundesbahnvorstandes und des Verwaltungsrates, ein Regionaldezernat in Weiden zu errichten, bestätigt wird?

Bonn, den 6. Dezember 1985

